

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2024/ 2025

Rede OB Matthias Klopfer

- Es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Kollegen,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich vor zehn Tagen mit dem Schreiben meiner Haushaltsrede begann, beherrschten die Prognosen zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Schlagzeilen. Am Freitagabend, 6. Oktober, hatten wir noch Besatzungsmitglieder der Fregatte „Baden-Württemberg“ zu Gast, die berichteten, dass sie zu ihrem Einsatz ins Mittelmeer aufbrechen würden, dem Unicil-Einsatz zur Beobachtung der Situation vor dem Libanon. Und am Samstagmorgen sind wir alle aufgewacht mit dem Krieg in Israel. Hamas-Terroristen entführen Kinder und Frauen als menschliche Schutzschilde, ein brutales Gemetzel auf einem Festival mit 260 Toten, 150 im Kibuz, mehr als 1.400 Menschen wurden bei dem brutalen Überfall der Hamas ermordet, 150 entführt. Terror pur, noch nie seit dem Holocaust sind so viele Juden an einem Tag getötet worden. 300.000 Reservisten sind mobilisiert, der zivile Flugverkehr weitgehend eingestellt. Zeitenwende Zwei, nach dem Ukrainekrieg. Für die Besatzung der „Baden-Württemberg“ geht es nun in ein Kriegsgebiet – die geopolitische Situation ist so instabil wie wohl noch nie zuvor in der Geschichte. Es droht ein Flächenband, wie das Handelsblatt heute auf Seite 1 formuliert. Nur drei Flugstunden südlich von uns. Für mich ist eines klar: wir stehen unverrückbar an der Seite Israels und verurteilen die brutalen terroristischen Angriff der Hamas. Das Existenzrecht Israels ist durch nichts zu relativieren. Die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson unseres Landes.

Schon zuvor haben mehr als 80 Prozent der Bevölkerung mit Sorge in die Zukunft geschaut. Wie mag es heute aussehen?

Das Jahr 2021, als wir den letzten Haushalt verabschiedet werden, erscheint unendlich lange zurück. Und es sind doch nur zwei Jahre.

Erinnern Sie sich noch an die Begleitumstände der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes? Der Weihnachtsmarkt musste abgesagt werden. Der letzte Lockdown der Corona-Pandemie. Lange Schlangen vor dem Impfzentrum im Neckarforum. 600 Tage nach Beginn der Pandemie. Die Lage besserte sich Tag für Tag, selbst wenn Montagsdemos gegen die Corona-Maßnahmen uns auf Trab hielten. Und: Wir hatten zwei Jahre lange 80 Millionen Corona- und Impf-Experten in Deutschland.

Heute, knapp zwei Jahre später, scheint das alles viel länger her zu sein.

Krieg in der Ukraine. Zeitenwende. International und national. 600 Tage Krieg, nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands am 24. Februar 2022. Energiekrise. Lieferstopps. 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr. Und Vieles mehr. Aber Hand aufs Herz: Ist unsere Aufmerksamkeit noch in der Ukraine, wo täglich immer noch Menschen getötet, Kinder verschleppt und das Völkerrecht mit Füßen getreten werden? Vor zwei Wochen kamen Hilfslieferungen aus unserer Stadt in unserer Partnerstadt an, vor allem für die Klinik, aber auch für Hilfen bei der Therapie traumatisierter Kinder. Wer redet davon? Droht die Gefahr, dass die Ukraine vergessen wird? Wir hatten für einige Monate 80 Millionen Militärexperten in Deutschland, Spezialisten für die Wärmewende.

Im Fokus der deutschen Aufmerksamkeit steht, neben dem Krieg in Israel, die Flüchtlingspolitik, keine Frage. Politische Obergrenzen werden vorgeschlagen, Instrumente wie Sach- statt Geldleistungen oder frühere Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit, die Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten und der Schutz der EU-Außengrenzen, aber auch der deutschen Grenzen stehen im Mittelpunkt der Berichterstattung und des politischen Streits. 80 Millionen Experten für Flüchtlingsfragen in Deutschland. Der Politik gelingt es kaum mehr, Sachlichkeit in dieses Thema zu bringen.

Was kommt als Nächstes? Klar ist: die Bürgerinnen und Bürger – und damit auch alle Ebenen der Politik – kommen nicht mehr zur Ruhe. Nach der Krise ist vor der Krise. Wirtschaft- und Finanzkrise 2008. Ausstieg aus der Atomkraft 2011. Flüchtlingskrise 2015/2016. Corona 2020/2021. Ukrainekrieg seit 2021. Die nächste Flüchtlingskrise. Rechtsruck in der Europäischen Union. Unsicherheit in Taiwan und Westafrika. Klimakrise. Das Jahr 2023 wird höchstwahrscheinlich das heißeste Jahr seit Menschengedenken sein. Eine „multiple Krisensituation“, die uns alle sehr belastet.

Bei den alten Griechen bedeutete „Krisis“ bekanntlich „Entscheidung“ oder „Zuspitzung“. Ich meine, wir sollten in der Tat entscheiden. Aber nicht zugespitzt, sondern ausgewogen. Politik ist immer dem Gemeinwohl verpflichtet und muss deshalb abwägen, differenzieren. Und natürlich Verantwortung übernehmen, erst recht in Krisenzeiten. Auch wir, in Esslingen.

Die kommenden Jahre werden anstrengender, herausfordernder sein als die Jahrzehnte zuvor. Oft werden wir schneller entscheiden müssen, mit mehr Unsicherheiten als früher. Die „Zeitenwende“ im Bund sollte aus meiner Sicht auch innenpolitisch neue Akzente setzen, dringend den Reformstau anpacken, wie im Jahr 2003 mit der Agenda 2010, von deren positiven Effekten wir 20 Jahre profitiert haben. Wenn ich lese, dass 2023 nach der Prognose des IWF nur Deutschlands Wirtschaft schrumpft, ist dies für mich ein Alarmzeichen, dass wir es uns die letzten Jahre zu selbstzufrieden waren. Auf Landesebene können wir mit den Ergebnissen in der Bildungspolitik, dem Herzstück der landespolitischen Verantwortung, nicht zufrieden sein. Immer mehr Kinder verlassen die Schulen, ohne richtig lesen, schreiben und rechnen zu können, die Bildungsungerechtigkeit nimmt weiter zu.

Und auch wir, auf kommunaler Ebene, sind gefordert, die Dinge anzupacken, auch unpopuläre Entscheidungen, und zugleich massiv in die Zukunft zu investieren.

Wir sind damit insgesamt auf einem schon guten Weg, wie ausgewählte Beispiele zeigen:

- Wir haben mit den Sparpaketen 1 und 2 die Grundlagen für einen zukunftsfähigen Haushalt gelegt.
- Wir sind 2025 als erste Stadt klimaneutral mit unseren O-Bussen unterwegs.
- Wir investieren mehr als 100 Millionen Euro in unsere Schulen.
- Wir packen das Problem der Warteliste bei den Kitas aktiv, mit neuen Kitas, einer Personal- und Ausbildungsinitiative, einer Betriebskita.
- Wir sanieren bei der EWB für 20 Millionen unsere Wohnungen und haben damit bis 2036 einen klimaneutralen Wohnungsbestand von 3.200 Wohnungen.
- Wir machen unsere Klinik fit für die Zukunft und sichern damit den Standort als einer der Top-Gesundheitsstandorte in der Region Stuttgart.
- Wir investieren mit den Stadtwerken auf der Grundlage des Kommunalen Wärmeplans in die Wärmewende.
- Wir stärken unsere städtischen Pflegeheime durch neue Angebote.
- Wir sanieren konsequent alle Neckarbrücken.
- Wir machen die Verwaltung fit für die Zukunft, wie der erfolgreiche Neustart des Bürgerservices oder das Projekt „Neue Arbeitswelten“ zeigen.
- Wir sind auf einem guten Weg, einer der besten öffentlichen Arbeitgeber zu werden.
- Wir kümmern uns um den Bahnhof und lassen uns dabei auch durch unvermeidbare Probleme nicht abschrecken.

Ich könnte die Liste noch lange fortsetzen – gemeinsam können wir stolz auf das Erreichte sein, zuversichtlich nach vorne schauen.

Aber ich will auch einige Beispiele nennen, die auch uns in den kommenden Jahren politisch, aber auch ganz konkret im Haushalt 2024/25 mehr fordern werden, mehr als bisher.

Kreisumlage

Ich konnte es kaum glauben, als unser Landrat verkündet hat, dass die Kreisumlage um 8,1 Prozentpunkte steigen soll! Erst recht nicht, wenn ich mir die Vergleichszahlen in der Region Stuttgart anschau: Der Rems-Murr-Kreis reduziert um einen Punkt, in Ludwigsburg soll die Kreisumlage stabil bleiben, auch in Göppingen und in Böblingen. Und das, obwohl alle Landkreise unter steigenden Defiziten der Kreiskliniken leiden, während unser Landkreis hier noch keine Probleme hat, weil er vor einigen Jahren die Klinik entschuldet hat und zudem 130 Millionen als Kreditermächtigungen auf einen Schlag an die Kliniken gegeben hat. Das verzerrt das Bild natürlich. Aber ich will es ganz deutlich sagen: Die Kreisumlage ist in dieser Höhe nicht gerechtfertigt und setze darauf, dass der Kreistag dieses verhindert!

Gesundheitspolitik und Pflege, Betriebskita und Wohnungen

Zugleich mit Sorge und mit Hoffnung schaue ich auf unsere Klinik. Ein Defizit von sieben Millionen im Jahr 2023 schmerzt, keine Frage. Aber schon für 2024 rechnen wir mit einem geringeren Verlust. Dennoch wird uns der Neubau unserer Klinik in den kommenden Jahren erheblich belasten, Kostensteigerungen sind unvermeidlich – aber wir investieren gerne dieses Geld, um auch nach der anstehenden Krankenhausreform unseren Patienten eine optimale medizinische Versorgung auf höchstem Niveau anbieten zu können und zugleich ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Ein Ziel ist dabei zentral: wir müssen die Leasingkräfte in der Pflege, die mehr als doppelt so teuer sind wie reguläre Beschäftigte, abbauen. Dazu trägt auch unsere neue Betriebskita bei, die wir bei steigendem Bedarf selbstverständlich weiter ausbauen werden. Die Klinik kann zusätzlich neue Betriebswohnungen anbieten. Beide Angebote gelten selbstverständlich auch für unsere Pflegeheime u – die übrigens ohne Zeitarbeitskräfte auskommen und alle Azubi-Stellen besetzt hat. Kompliment!

Wohnungspolitik

Der Wohnungsmarkt in unserer Stadt entwickelt sich sehr negativ. Im ersten Halbjahr wurden nur 6 Neubauwohnungen verkauft – historischer Negativrekord. Und eine Trendwende ist nicht in Sicht, auch nicht nach dem Baugipfel, der vor wenigen Wochen in Berlin stattgefunden hat. Steigende Zinsen bei nahezu gleichbleibenden Kaufpreisen führen dazu, dass viele sich den Eigentumserwerb nicht mehr leisten können, weder zur Eigennutzung noch zur Kapitalanlage, bei der eine Mindestmiete von 20 € notwendig wäre. Als Folge des Wohnungsmangels steigen die Mieten weiter an – Sie sehen mich selten ratlos, aber aktuell kann ich Ihnen ebenso wenig wie meine Kollegen eine Antwort darauf geben, wie der Wohnungsbau wieder angekurbelt werden kann. Und ich kann Ihnen auch noch nicht sagen, wann die großen Projekte wie die Weststadt, das VfL-Post-Gelände und

das Hochschulgelände, das 2025 frei wird, auf den Markt kommen wird. Stehen wir am Anfang der Immobilienkrise oder haben wir den Gipfel schon erreicht? Stuttgart hat seine Wohnungsbaugesellschaft in dieser schwierigen Zeit mit zusätzlich 200 Millionen Euro Eigenkapital ausgestattet. Diesen Weg können wir nicht gehen. Und es wahrscheinlich auch nicht die richtige Zeit, um eine hundertprozentig städtische Wohnungsgesellschaft neu zu gründen.

Energiepolitik und Wasserversorgung

Unsere Nachbarstadt hat auch die Stadtwerke mit zusätzlich 100 Millionen Eigenkapital ausgestattet, um die Energiewende aktiv zu gestalten, weitere 200 Millionen sind angekündigt. Auch bei uns stehen deutlich höhere Investitionen als bisher in die Fern- und Nahwärme an, im November entscheiden Sie über die kommunale Wärmeplanung. Zusätzlich müssen die Gasnetze früher als geplant angeschrieben werden, da spätestens ab 2040 kein Erdgas mehr geliefert wird. Im Aufsichtsrat müssen wir deshalb diskutieren, ob die Gewinne der Stadtwerke im Unternehmen bleiben – das Geld fehlt dann natürlich an anderer Stelle im Haushalt. Aber auch bei Ausbau des Stromnetzes werden wir mehr als in der Vergangenheit gefordert sein, durch die Elektromobilität oder den Ausbau der Wärmepumpen. Das gleiche gilt für die großen Wasserversorger im Land, bei denen ich mich in den letzten Monaten sehr engagiere, um unsere Wasserversorgung für die Zukunft zu sichern. Investitionen in Milliardenhöhe müssen geplant und umgesetzt werden, bei Bodensee- und Landeswasserversorgung.

Demographie und Fachkräftemangel

Jedes Jahr verlassen 500.000 Arbeitskräfte mehr den Arbeitsmarkt als jüngere Arbeitskräfte neu hinzukommen. Kein Wunder, dass alle – Klein-, Mittel- und Großunternehmen – den Arbeitskräftemangel als größtes Risiko für die Zukunft ansehen. Es gibt keinen Unternehmensbesuch von mir, bei dem dies nicht das Topthema wäre. Die Rente mit 63 ist da mehr als kontraproduktiv. Große Hoffnungen gibt es mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz – dies bedeutet aber auch, dass unsere Stadt auf alle Fälle in Zukunft noch internationaler werden muss als sie es schon ist.

Auch unsere Stadtverwaltung. Eine Megaaufgabe für die gesamte Gesellschaft. Und es wird nur gelingen, wenn wir zugleich die irreguläre Migration weitgehend stoppen.

Zuwanderung und Flüchtlinge

Jede Ebene sollte ihre Aufgaben erledigen, damit die irreguläre Migration reduziert wird, aber auch das Zusammenleben für alle möglichst gut zu gestalten, auch wenn wie dieses Jahr 300.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Beispiele könnten sein:

In Europa:

- Solidarische Verteilung der Flüchtlinge.
- Aber auch Rettung der Flüchtlinge in Seenot und mehr reguläre Möglichkeiten zur regulären Arbeitsmigration.

Im Bund:

- Ausweitung der sicheren Drittstaaten.
- Schnellere Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt.
- Entbürokratisierung, um die Ausländerämter zu entlasten, z.B. durch pauschale Verlängerung der Aufenthaltserlaubnisse für Ukrainer.

Im Land:

- Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, trotz des bürokratischen Aufwands.
- Leistungsfähige Landeserstaufnahmeeinrichtungen, die ihrer Aufgabe wirklich nachkommen.
- Konsequente Abschiebung von Straftätern.

Im Landkreis:

- Faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 44 Kommunen.
- Es kann nicht sein, dass vom Landkreis dauerhaft 40 Prozent der Flüchtlinge in der Vorläufigen Unterbringung in Esslingen leben.
- Anerkennung der Sonderlasten in unserer Stadt, wenn alleine in zwei Unterküften auf engstem Raum bald 900 Flüchtlinge untergebracht werden. Hier brauchen wir mehr Sozialarbeiter, mehr Security als in anderen Unterküften, aber auch maximale Transparenz für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

In der Stadt:

- Leistungsfähiger Bürgerservice Einwanderung und personell gut aufgestelltes Integrationsmanagement.
- Flexibilität in der Schulentwicklung, mit aktuell 20 Vorbereitungsklassen.
- Unterstützung der Kleinsten durch gute Kinderbetreuung.
- Förderung und Wertschätzung des Ehrenamtes

Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu den Spitzentreffen der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers von letzter Woche. Es braucht von allen einen neuen Ton. Die Parteien müssen sich zusammenraufen und Signale der Geschlossenheit, aber auch der Humanität und der Zuversicht senden. Oder wie es das Handelsblatt heute schreibt: Weniger Populismus wagen. Sich auf das Machbare konzentrieren.

Kitas und Schulen

Mit Abstand die größten Investitionen sind für die Bereiche Bildung, Betreuung und Sport in den kommenden Jahren vorgesehen. Große Maßnahmen wie die Zollbergrealschule oder die Innenstadtsschule, aber auch auch die Sanierung des Merkel'schen Schwimmbades gehören dazu. Mehr als 100 Millionen umfasst das Neubau- und Sanierungsprogramm. Alleine 30 Millionen zusätzlich haben Sie im Juli für die Schelztorsporthalle und für die Pliensaugrundschule entschieden.

Manche Dinge kosten übrigens gar nichts – wenn wir endlich die Dinge wieder einfacher machen, unser System entschlacken von vielen bürokratischen Hemmnissen. Und Standards anpassen. Wenn das Land seinen Personalschlüssel für unter Dreijährige endlich auf den Bundesdurchschnitt anpassen würde und wir den maximalen Betreuungsumfang leicht einschränken würden, könnten wir die Warteliste abbauen. Wenn nicht, führt nichts an einer deutlichen Reduzierung der Zeiten vorbei, so wie es alle anderen Städte in der Region Stuttgart bereits machen.

Entbürokratisierung

Meine Kollegen Palmer und Arnold und ich haben letzte Woche einen Brief an den Bundeskanzler geschrieben, in dem wir beispielhaft darlegen, welche Blüten die Bürokratie in Deutschland treibt.

Nach bald 30 Jahren in der Politik und in der Verwaltung ist allerdings meine Hoffnung gering, dass es uns gelingen wird, unser politisches System wieder einfacher zu machen und mehr den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Oft demotivieren wir engagierte Unternehmer ebenso wie Ehrenamtliche mit unseren immer neuen Vorschriften. Wäre eine eigene Rede wert. Ebenso wie das Schnecken tempo bei der Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung, bei der es den Regierungen Berlin und Stuttgart nicht gelingt, den Abstand zu den anderen europäischen Staaten zu verringern. Wir sind hier international abgehängt – auch durch die viel zu hohe Bedeutung des Datenschutzes.

Innenstadt, inkl. Bücherei und VHS

Ein berühmtes Zitat von Kurt Schumacher heißt: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“ Und die Wirklichkeit in der Innenstadt ändert sich schneller als in den meisten Bereichen. Mit der Schließung von Karstadt und Kögel gibt es eine Zäsur in unserer Altstadt, viele Bürger hatten große Sorgen – mein Eindruck ist, dass mit dem Vorschlag für eine Stadtbücherei im Osten und die VHS im Westen nun wieder positiver Schwung für die Innenstadt aufgenommen wurde. Mit der Neugestaltung der Ritterstraße und des Marktplatzes wird das Zentrum deutlich aufgewertet, ebenso wie durch neue Aktionen wie den Stadtstrand im August der im nächsten Jahr zum ersten Mal im Herzen der Stadt entstehen soll oder unser Programm gegen Leerstand oder der Wiedereröffnung des Hotels am Neckarforum.

Wir können, so meine ich, insgesamt positiv in die Zukunft schauen, oder? Andere Länder, andere Städte beneiden uns um unsere Möglichkeiten oder müssen sogar ums Überleben kämpfen. Drei Stunden südlich von uns ist Krieg in Israel. Drei Stunden östlich von uns ist Krieg in der Ukraine.

Lassen Sie uns gemeinsam ein „Team Zuversicht Esslingen“ sein! Und zugleich ein Team „Machen in Esslingen.“

Wir bringen heute als Verwaltung einen Doppelhaushalt mit 700 Mio. € Jahresvolumen für die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe ein. Gemeinsam mit unseren Töchtern, die parallel ihre Wirtschaftspläne 2024 verabschieden, haben Sie in ihren Funktionen als Stadtrat und Aufsichtsrat damit die Verantwortung für ein Bilanzvolumen von mehr als einer Milliarde € pro Jahr – so viel, wie manche kleine afrikanische Staaten pro Jahr. 5.000 Mitarbeitende, von einfachen Angestellten bis zu Geschäftsführern und Bürgermeistern, setzen dann Ihre Beschlüsse um. Meine Bitte angesichts dieser Dimensionen: Konzentrieren Sie sich auf die großen, politisch bedeutsamen Themen, lassen Sie uns über die großen Linien unserer Stadtpolitik diskutieren, streiten – und dann zügig entscheiden. Nicht die Dinge vertagen, sondern viele Anträge schon im Haushaltsverfahren entscheiden, ohne immer weitere umfassende Berichte im Gemeinderat. Analysen haben wir genug – lassen Sie uns die Entscheidungen schnell umsetzen! Wir brauchen ein neues „Esslingen-Tempo“!

Und lassen Sie uns trotz aller Krisen gemeinsam zuversichtlich in die Zukunft blicken. Unsere Stadt stand in der langen Geschichte schon vor viel größeren Herausforderungen als heute. Packen wir es gemeinsam an!

Abschließend gilt mein Dank unserem Finanzbürgermeister Ingo Rust und seinem Team der Finanzverwaltung, an der Spitze Frau Strohbach, die den Großteil der Arbeit zur Erstellung des

Doppelhaushaltes geleistet haben. Ich freue mich auf die kommunalpolitischen Diskussionen bis zur Verabschiedung unseres Haushaltes am 18. Dezember. Haushaltsberatungen sind das Königsrecht des Gemeinderates, nutzen wir gemeinsam die Chance, jetzt die Weichen für die Zukunft unserer so besonderen Stadt Esslingen zu stellen.